

Interview: Dorothea Alber

Frau Hoch, wie ist Ihrer Ansicht nach der Status quo der Frauen in der Politik im Land? Was ist positiv, was negativ?

Andrea Hoch: Wenn man die letzten zwei Wahlen anschaut, dann ist der Trend eindeutig positiv. Es sind sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene mehr Frauen politisch aktiv. Erfreulich ist auch, dass sich die Wahlchancen von Männern und Frauen angeglichen haben. Gleichwohl sind wir von einer paritätischen Vertretung in allen politischen Gremien noch weit entfernt.

Wird sich dieser Trend fortsetzen?

Wenn ich die Arbeit von «Vielfalt in der Politik» anschau, dann haben wir bisher von allen Seiten viel Unterstützung erhalten. Nach zwei erfolgreichen Wahlen müssen wir aber bereits stärker rechtfertigen, wieso es unser Engagement für mehr Frauen in der Politik noch braucht. Ich bin skeptisch, dass sich der positive Trend ganz ohne weiteres Dazutun fortsetzen würde.

Was müsste geschehen, damit Frauen in die aktive Politik gehen?

Eines vorweg: Ich wehre mich dagegen, die Verantwortung allein bei den Frauen zu sehen. Alle Parteien klagen über Schwierigkeiten bei der Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten. Nicht nur Frauen, auch junge Menschen und Senioren sind gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil in der Politik untervertreten. Es wäre daher wichtig, sich grundsätzlich zu fragen, wie die politische Arbeit aussehen muss, damit sie für mehr Menschen attraktiv wird und neben Familie und Beruf auch zu bewältigen ist. Bei der Suche nach Kandidierenden müsste breiter gesucht werden.

Was muss aber konkret getan werden?

Aus Sicht von «Vielfalt in der Politik» liegt viel Potenzial in der Rekrutierungsarbeit der Parteien. Wir plädieren für eine langfristige und systematische Förderung von interessierten Personen. Gerade für Frauen wäre ein schrittweiser Einstieg in die Politik von Vorteil. Wichtig erscheint uns auch, dass Parteigremien, Ortsgruppen und Fin-



Andrea Hoch ist Leiterin des Projekts «Vielfalt in der Politik». Das Ziel: Den Frauenanteil in der Politik erhöhen.

Bild: Daniel Schwendener

«Ich appelliere an die Parteien»

Der Frauenanteil in den Gemeinderäten ist nur ein Etappenziel, denn laut Andrea Hoch gibt es noch viel zu tun bei der Gleichstellung von Frauen in der Politik.

dungskommissionen nach Geschlecht, Alter und Beruf durchmischt zusammengesetzt sind, damit sich der Kreis der Angesprochenen vergrössert.

Sollten sich Frauen in der Politik aktiver um Frauenförderung und Gleichstellung bemühen?

Aus meiner Sicht ist es vor allem wichtig, dass die Perspektive von Frauen in alle politischen Entscheidungen einfließt. Das ist bei den Finanzen, bei der Gesundheit, bei der Bildung oder beim Sport genauso wichtig wie beim Thema Gleichstellung. Im Moment sind immer noch zu viele politische Gremien, darunter auch Kommissionen oder Stiftungs- und Verwaltungsräte, mehrheitlich männlich besetzt.

Was halten Sie von einer Quotenregelung für Liechtenstein?

Eine Quote würde den Prozess sicherlich beschleunigen, aber sie ist kein Allheilmittel. Sie wür-

de uns nicht von der Aufgabe befreien, generell breitere Bevölkerungskreise in die Politik einzubeziehen und bei der Rekrutierung neue Wege zu beschreiten. Es fehlen ja nicht nur die Frauen, es fehlen die jungen Erwachsenen, und auch Männer sind immer weniger bereit, in die Politik zu gehen. Wie schon vorher erwähnt, appelliere ich an die Parteien, sich stärker um ausgeglichene Wahllisten zu bemühen.

Judith Stamm, eine Schweizer Vorkämpferin des Gleichstellungsgesetzes, sagte jüngst, die heutige Generation sei etwas ungeduldig. Die Entwicklung brauche einfach Zeit. Brauchen wir mehr Geduld?

Anders gefragt: Aus welchem Grund sollten wir noch länger warten? Frauen sind genauso gut ausgebildet und genauso fähig für die Politik. Zudem haben wir Frauen ebenso ein Interesse daran, unser Lebensumfeld mitzugestalten.

Muss der Staat eingreifen, und bessere Rahmenbedingungen schaffen?

Die Frage nach den Rahmenbedingungen der Politik ist sehr relevant. Wir hätten sehr gerne aktuelle Daten zum Arbeitsaufwand von Abgeordneten und zu deren Entschädigung. Vor allem wäre es gut zu wissen, wie die Rahmenbedingungen von den Politikerinnen und Politikern selbst eingeschätzt werden. Häufig hören wir, die politische Arbeit sei aufwendig und entspreche einem Teilzeitpensum von rund 50 Prozent für den Landtag und 30 Prozent für den Gemeinderat. Wenn man die Politik als Teilzeitjob – gerade auch für Frauen – beliebt machen will, dann müssen auch Arbeitszeiten, Arbeitsmethoden, Entlohnung und soziale Absicherung stimmen. Diese Diskussion sollten wir dringend führen.

Gibt es ein konkretes Beispiel, was sich verbessern müsste?

Die Fachhochschule Graubünden hat die politische Nachwuchsförderung auf Gemeindeebene erforscht und zahlreiche Empfehlungen daraus abgeleitet. So zum Beispiel, dass die Sitzungszeiten flexibler und familienfreundlicher ausgestaltet werden und Sitzungen effizienter ablaufen. Ein anderes Thema ist die sozialversicherungsrechtliche Absicherung. Die Landtagsabgeordneten erhalten keinen Beitrag für die betriebliche Personalvorsorge, in anderen Ländern in den Parlamenten ist dies der Fall.

80 Prozent der Frauen nehmen bei der Heirat den Namen des Mannes an. Warum wählen viele Frauen selbst ein traditionelles Rollenbild?

Das ist für mich in der Tat ein Rätsel, wieso Frauen so bereitwillig ihren Namen und damit einen Teil ihrer Identität – mit dem sie zwanzig, dreissig Lebensjahre verbracht haben – bei der Heirat abgeben. Viel inte-

ressanter als der Name ist aber, dass Frauen immer noch automatisch einen Grossteil der ihnen zugeschriebenen Aufgaben wie Kinderbetreuung und Pflege von Familienangehörigen übernehmen. Leider hindert die traditionelle Aufgabenverteilung Frauen daran, ihr Potenzial auszuschöpfen und finanziell auf eigenen Beinen zu stehen.

Wird die Gleichstellung als Frauenliegen abgetan und in Liechtenstein zu wenig darüber gesprochen?

Ich habe die öffentliche Diskussion in der letzten Zeit eigentlich als rege und konstruktiv empfunden. Dass es Männer sind, die mit der IG Elternzeit den bezahlten Elternurlaub voranbringen möchten, ist zum Beispiel eine gute Entwicklung. Die ganze Gesellschaft profitiert von mehr Gleichstellung, nicht nur die Frauen. Aber mehrheitlich sind es immer noch die Frauenorganisationen, die das Thema Gleichstellung vorantreiben und dafür sorgen, dass es auf der politischen Agenda bleibt.

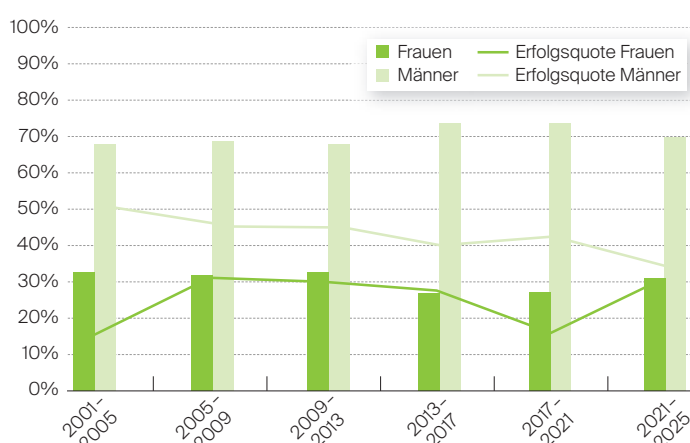
Wird der Frauenanteil bei den nächsten Gemeinderatswahlen im Land weiter steigen?

Die Frauen halten aktuell 41 Prozent der Mandate auf Gemeindeebene. Das war bei den letzten Wahlen ein grossartiges Ergebnis. Diesen Stand gilt es bei den Gemeindewahlen 2023 mindestens zu halten. Die Vorsteherinnen könnten noch etwas zulegen, derzeit gibt es nur zwei.

Welchen Beitrag leistet «Vielfalt in der Politik» dazu?

Unser «Plus» ist, dass wir parteiübergreifend arbeiten. Dadurch können wir anders kommunizieren und aus einer neutralen Position heraus Veränderungen anregen. Für die Gemeindewahlen 2023 haben wir uns vorgenommen, frühzeitig über die abwechslungsreiche und interessante Arbeit auf Gemeindeebene zu berichten. Wir wollen Lust machen auf Politik! Weiter werden wir die Parteien ansprechen, ausgeglichene Wahllisten zu präsentieren, denn diese sind der Schlüssel für einen höheren Frauenanteil in der Politik. Und nicht zuletzt wollen wir erneut die Kandidatinnen im Wahlkampf unterstützen.

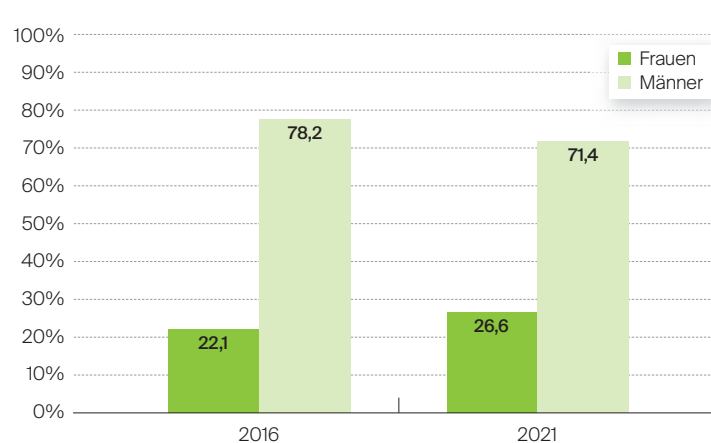
Erfolgsquote der Frauen ist geringer



Der Frauenanteil unter den Kandidierenden für den Landtag hat bis zur Wahl 2021 tendenziell abgenommen. 2021 betrug der Frauenanteil dann

aber ein Drittel. Die Erfolgsquote der Frauen lag im dargestellten Zeitraum zwischen 15% und 31,6%. Die der Männer zwischen 34,6% und 52,4%.

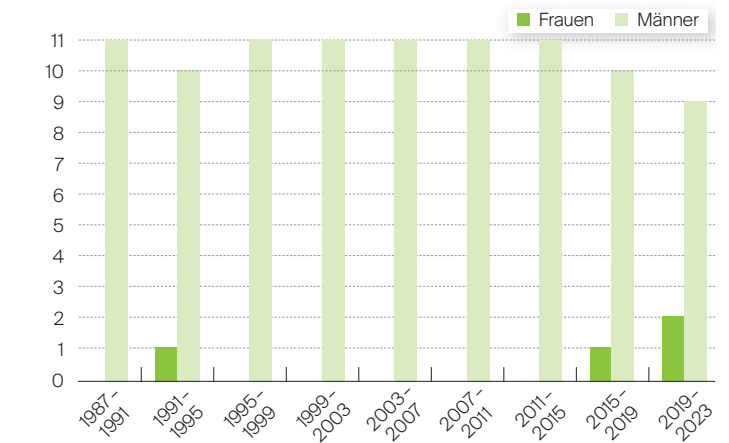
Viel mehr Männer in Kommissionen



Der Frauenanteil in den Kommissionen und Beiräten hat sich zuletzt zwar um 4,5 Prozentpunkte erhöht. 2021 sind nur etwas mehr als ein Viertel der

Mitglieder Frauen (26,6%). Die Differenz zwischen dem Frauenanteil und dem Männeranteil unter den Mitgliedern ist gering geworden.

Kandidatinnen sind Mangelware



Während des dargestellten Zeitraums kandidierten in Liechtenstein 8 Frauen (9,6%) und 83 Männer (90,4%) für das Amt als Vorsteher. Bis 2019 lag

der Frauenanteil zwischen 1 und 2 Frauen. Die aktuelle Mandatsperiode verzeichnet den höchsten Anteil an Kandidatinnen.